



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Verkehrsausschuss	18.01.2011	
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	27.01.2011	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes

Der Rat der Stadt Köln hat am 13.11.2008 unter Punkt 4 des TOP 9.9 beschlossen, dass die Umgestaltung der Platzfläche des Breslauer Platzes nach Abschluss der Stadtbahnmaßnahme durchzuführen ist.

Zwischenzeitlich wurden die Rohbauarbeiten, entgegen der ursprünglichen Terminplanung, verspätet abgeschlossen und mit den Innenausbauarbeiten begonnen. Für diese Arbeiten benötigt die KVB AG voraussichtlich bis Dezember 2011 eine Baustelleneinrichtungsfläche, die sich auf der zentralen Platzfläche befindet.

Aufgrund zahlreicher Beschwerden aus der Bevölkerung, der Unternehmen des Kunibertviertels und insbesondere der Deutschen Bahn AG, hat die Fachverwaltung geprüft, ob ein technisch sinnvoller Teilabschnitt bereits vorzeitig fertig gestellt werden kann.

Die Prüfung unter Einbeziehung der Interessen der KVB AG hat ergeben, dass ein circa 15 m bis 25 m breiter Streifen, parallel zum Hauptbahnhofsgebäude und der Johannisstrasse vorzeitig ausgebaut werden kann.

Unter der Voraussetzung, dass die Bezirksregierung die Zustimmung zum „Zuschuss unschädlichen vorzeitigen Baubeginn“ erteilt, wird die Verwaltung die zuvor beschriebene circa 3.000 m² große Fläche im Jahr 2011 umgestalten.

Durch die vorgezogene Fertigstellung der Teilfläche unmittelbar vor der A- und B-Passage sowie der Fläche an der Johannisstrasse werden die Fußgängerströme, insbesondere in

den Stoßzeiten, geordneter und somit sicherer geführt. Zudem signalisiert die Verwaltung dem Bürger mit jeder fertig gestellten Fläche Fortschritte im Gesamtprojekt.

Die Verwaltung geht davon aus, dass diese Vorgehensweise nicht zu Mehrkosten führt, da durch den vorzeitigen Baubeginn Unterhaltungskosten für baustellenbedingte Provisorien eingespart werden.

gez. Streitberger